

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA!/GPB (Natalie Imboden, GB) vom 28. November 2002: Ein Kunstmuseum-Dach: Institutionelle Zusammenarbeit in der bernischen Museenlandschaft verstärken (02.000504)

In der Stadtratssitzung vom 16. Oktober 2003 wurde das folgende Postulat Fraktion GB/JA!/GPB erheblich erklärt:

In Bälde soll das Klee-Zentrum seinen Betrieb aufnehmen. Im Rahmen der Diskussionen um die Restrukturierungen und Sparmassnahmen im Kunstmuseum (z.B. Stichwort Reduktion Kino Kunstmuseum) und den seit längerem sichtbaren Verteilungskämpfen um Sponsoringgelder zwischen dem neuen Klee-Museum und den „alteingesessenen“ Museen, drängt sich eine verstärkte institutionelle Zusammenarbeit unter einem Kunst-Museen-Dach auf. Diese soll eine sinnvolle Zusammenarbeit sichern, die Auftritte und Werbung gegen aussen optimieren und einen einseitigen „Abfluss“ von Ressourcen in Richtung Klee verhindern.

Diese „Dach-Idee“ ist nicht neu. Sie wurde vom Stadtpräsidenten bereits im Rahmen der Klee-Debatte im Jahr 2000 (SR-Debatte, 30.11.2000) vorgebracht. Auch sieht die Stiftungsurkunde der Stiftung Paul Klee-Zentrum eine enge Zusammenarbeit mit dem Kunstmuseum im Zweckartikel vor.

Es zeigt sich heute, dass diese optimierte Zusammenarbeit zwischen dem neuen Klee-Museum, dem Kunstmuseum inklusive geplantem Museum für die Gegenwart, aber auch der Kunsthalle Bern noch nicht geklärt ist. Gemäss Gemeinderat haben Stadt und Kanton eine Arbeitsgruppe zusammengesetzt, welche zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Regionalen Kulturkonferenz RKK und Vertretungen obiger Institutionen verschiedene Modelle für einen institutionalisierten Rahmen erarbeiten, um die betriebliche, organisatorische und künstlerische Zusammenarbeit zu klären. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe waren auf Mitte 2002 erwartet worden.

Die Kulturverträge mit den grossen Institutionen für 2004-2007 sind vom Gemeinderat jüngst verabschiedet worden und werden demnächst dem Parlament, dem städtischem Stimmvolk und den weiteren Gemeinden zur Beschlussfassung unterbreitet. Inwieweit die Ergebnisse der Arbeitsgruppe auch in die neuen Verträge eingeflossen sind, ist heute noch nicht ersichtlich.

Daher wird der Gemeinderat aufgefordert zu prüfen,

1. eine Vorlage für die Schaffung eines Kunst-Museen-Dachs für die institutionelle Zusammenarbeit zu erarbeiten;
2. mit welchen Mitteln er zusammen mit den weiteren (oben erwähnten) Partnerinnen und Partnern eine solche Dach-Idee realisieren kann.

Bern, 28. November 2002

Fraktion GB/JA!/GPB (Natalie Imboden, GB), Martina Dvoracek, Doris Schneider, Daniele Jenni, Erik Mozsa, Simon Röthlisberger, Catherine Weber, Annemarie Sancar-Flückiger

In der Sitzung vom 10. November 2005 lehnte der Stadtrat mit SRB 401 den Prüfungsbericht des Gemeinderats ab. Auftragsgemäss erstattet der Gemeinderat hiermit einen neuen Bericht.

Bericht des Gemeinderats

Der Vorstoss ersucht den Gemeinderat, eine Vorlage für die Schaffung eines Kunstmuseen-Dachs zu prüfen mit dem Ziel, die institutionelle Zusammenarbeit zwischen der Stiftung Kunstmuseum Bern (KMB) und der Stiftung Zentrum Paul Klee (ZPK) zu verstärken. Zudem soll geprüft werden, mit welchen Mitteln und welchen andern Partnerinnen und Partnern sich die Idee eines gemeinsamen Dachs realisieren liesse.

Die Tatsache, dass dem Stadtrat zu Handen der Stimmberechtigten auch für die Jahre 2008 bis 2011 separate Subventionsverträge mit dem KMB und mit dem ZPK unterbreitet werden, zeigt klar, dass der Vorstoss nicht erfüllt ist. Dennoch ist im Sinn des Postulats Vieles unternommen worden.

2004 vereinbarten die beiden Stiftungsräte eine unkomplizierte Regelung für die gegenseitige Ausleihe von Bildern. Dann kam es auf Initiative der Direktoren zu Gesprächen über die gemeinsame Planung der Ausstellungsprogramme. Schrittweise weiteten sich die Felder der Zusammenarbeit auf die Informatik, das Facility Management, die Anstellungsregelungen aus. Die Geschäftsleitungen treffen sich regelmässig. Im Sommer 2006 machten sich die Teams von KMB und ZPK an einer Klausur Vorstellungen ihrer Zukunft und entwickelten eine gemeinsame Vision. Mitte Februar 2007 findet die erste gemeinsame Ausstellung zu Oskar Wiggli statt.

Die Subventionsverträge für 2008 bis 2011 gehen noch weiter: Sie verpflichten KMB und ZPK, namentlich bei Ausstellungen und in betrieblichen Belangen zusammenzuarbeiten und dadurch Einsparungen von durchschnittlich je mindestens Fr. 150 000.00 pro Jahr zu erzielen. Diese Summe wird von der Subvention abgezogen. Zudem sollen die Stiftungen einen gemeinsamen Ausschuss einsetzen, der über Arten und Bereiche der Zusammenarbeit entscheidet, soweit diese die Zuständigkeit der Direktionen übersteigt. Dies ist im Dezember 2006 an einer gemeinsamen Sitzung beider Stiftungsräte bereits erfolgt. Und seit Anfang 2007 informieren KMB und ZPK über ihre Anlässe in *einer* Publikation. Die Entwicklung der Annäherung geht weiter.

Die Kooperation erfolgt auch in einem weiteren Rahmen. Im Herbst 2005 haben sich unter der Bezeichnung „Kunstraum BE“ das CentrePasquArt Biel, die Kunsthalle Bern, das Kunsthaus Langenthal, das Kunstmuseum Bern, das Kunstmuseum Thun, das Museum Franz Gertsch Burgdorf, die Stadtgalerie Bern und das Zentrum Paul Klee zusammengeschlossen. Zweck des Verbunds ist der gemeinsame Auftritt gegen aussen in der Schweiz und im Ausland, die gemeinsame Nutzung kostspieliger Einrichtungen und Infrastrukturen, die Organisation gemeinsamer Weiterbildungen in Kunstvermittlung und weiterer wissenschaftlicher Veranstaltungen (im Sinne des Kolloquiums zum Klee-Bild „Ad parnassum“, das Kunstmuseum und Zentrum Paul Klee im Oktober 2006 durchgeführt haben) sowie die gegenseitige Abstimmung der Ausstellungsplanung. Für später vorgesehen ist eine gemeinsame Politik des Sammelns und des Umgangs mit den Raum und Pflege beanspruchenden Sammlungen. Zur Diskussion steht eine gemeinsame Herausgabe der Berner Kunstmitteilungen.

Warum keine Fusion? Der Mäzen des KMB, Hansjörg Wyss, hat mit seinem Engagement von 20 Millionen Franken zugunsten des Baus und künstlerischer Aktivitäten der neuen Abteilung Gegenwart die Forderung verbunden, die Stiftung KMB müsse für mindestens zwei weitere Subventionsperioden (also bis 2015) rechtlich, künstlerisch und finanziell autonom bleiben, aber in Zusammenarbeit mit dem ZPK und weiteren verwandten Institutionen alle sinnvollen Synergien in sämtlichen Bereichen des Museums nutzen. Der Regierungsrat des Kantons

Bern und der Gemeinderat stimmten dem zu. Vorausgegangen war die Ablehnung einer Motion, welche die Fusion oder eine Subventionskürzung forderte, durch den Grossen Rat.

Auch ohne Fusion werden – wie dargelegt – viele Schritte getan, die sukzessive zu einer sehr engen Beziehung der Häuser führen. Wenn der Weg zur rechtlichen Vereinigung und organisatorischen Verschmelzung beider Stiftungen frei ist, dürfte sich die dannzumalige Realität davon auch finanziell kaum noch unterscheiden.

Bern, 14. Februar 2007

Der Gemeinderat